

Gesellschaft Weil sich mehr und mehr Menschen verletzlich fühlen, schaffen wir ständig neue Gesetze, glaubt die Rechtswissenschaftlerin Frauke Rostalski. Aber wollen wir das wirklich?

61 Was wir verlieren, wenn Verletzlichkeit regiert

Frauke Rostalski: Die vulnerable Gesellschaft. C. H. Beck 2024. 189 S., um Fr. 25.-, E-Book ab Fr. 12.-.

Von Nina Streeck

Ob alt oder chronisch krank, auf der Flucht oder unter prekären Bedingungen beschäftigt - eines haben Menschen in diesen Lebenslagen gemein: Oft werden sie als vulnerabel etikettiert. Während der Pandemie war allenthalben von vulnerablen Gruppen die Rede. Wer als älterer Mensch in einem Pflegeheim lebte, gehörte dazu, ebenso wer Vorerkrankungen wie Diabetes oder Adipositas mitbrachte. Und es schien auf der Hand zu liegen, was daraus folgen musste: Wer jemand verletzlich als andere, bedurfte er des besonderen Schutzes - etwa davor, sich mit Covid anzustecken, indem alle Masken trugen.

Das Virus ist verschwunden, der Begriff der Vulnerabilität nicht. Für die Rechtswissenschaftlerin Frauke Rostalski geht es um mehr als ein Modewort: Wir lebten, meint sie, in einer vulnerablen Gesellschaft. Die Mehrheit von uns begreift sich in der ein oder anderen Hinsicht als verletzlich, den unterschiedlichsten Bedrohungen ausgesetzt: von verbalen Attacken über Machtmissbräuche bis hin zu Hitzewellen. Allerdings bemisst sich Vulnerabilität nicht an Äusserlichkeiten oder individuellen Merkmalen wie einer Krankheit, sondern entspringt allein unserer Wahrnehmung: Vulnerabel ist, wer sich als vulnerabel empfindet.

Sich gegen Risiken wappnen

Die gefühlte Vulnerabilität weckt den Wunsch nach Schutz, was sich mittlerweile sogar, so Rostalskis zentrale These, in der Gesetzgebung niederschlägt. Ständig erschufen wir neue Regelungen, um uns gegen Risiken zu wappnen, weil wir uns individuell zu deren Bewältigung ausserstande sahen. Der Haken dabei: Unsere Freiheit kommt unter die Räder, denn Recht zwingt - und macht unfrei. Darunter litten wir alle, selbst besonders Vulnerable, denen der Schutz eigentlich zugutekäme. Zudem gäben sie Verantwortung ab und verzichteten darauf, Schwierigkeiten selbst zu bewältigen und Konflikte eigenständig zu lösen. So blieb es Vorerkrankten während der Pandemie versagt, selbst für ihren Schutz zu sorgen - und ihre Mitmenschen zu motivieren, eine Maske zu tragen.

Wollen wir das?, fragt sich Rostalski: Soll uns leiten, wer sich als verwundbar empfindet, wenn wir Gesetze ändern? Lassen sich Freiheitseinbussen mit dem Verweis drauf rechtfertigen, dass sich Menschen als verletzlich erklären? Zumal immer mehr das tun? Rostalski betont, sich im Einzelfall eines Urteils enthalten



Wer braucht wie viel Schutz? Im Tierpark Dählhölzli in Bern wurden 2016 die Flamingos in ein Glashaus eingeschlossen, um die Gefahr der Vogelgrippe zu verringern.

zu wollen. Lediglich zeige sie auf, wohin sich die Gesellschaft entwickle, wenn Vulnerabilität gross - und immer grösser - geschrieben werde. Ob wir diesen Weg gehen wollten, bliebe zu klären.

Die Autorin ficht einen altbekannten Konflikt unter dem neuen Vorzeichen der Vulnerabilität aus: Was geht vor - Freiheit oder Sicherheit? Dass sie aufseiten der Freiheit steht, verhehlt sie nicht, so dass es mit ihrer angeblichen Unparteilichkeit nicht weit her ist. Und stets gehe Freiheit verloren, wo der Staat eingreife: etwa bei Streitereien unter Nachbarn, die nach der Polizei rufen, statt im Gespräch zu bleiben. Oder durch die Maskenpflicht während der Pandemie, die keinen Raum für individuelle Lösungen zulies. Auch verweist sie auf Frauen, die beim Joggen aus Angst vor Überfällen dunkle Strassen meiden: Sogar sie verlören durch staatlichen Schutz an Freiheit. Sie müssten sich Regeln unterwerfen, büsstes Selbstverantwortung ein und könnten Konflikte nicht mehr eigenhändig lösen. Man fragt sich: Soll die bedrohte Frau einen potenziellen Vergewaltiger im Nahkampf ausser Gefecht setzen?

Schliesslich greift sie unter dem Titel «Diskursvulnerabilität» die bereits bis zum Gehtnichtmehr vorgebrachte Behauptung auf, wir lebten in einer Cancel-Culture: Wer unliebsame, weil als verletzend empfundene Argumente vorbringe, werde zum Schweigen gebracht. Für vulnerabel hält Rostalski allerdings auch jene, die sich nicht mehr trauten, die eigene Meinung zu sagen. Was offenkundig

bedeutet: Die einen sind verletzlich, weil sie, etwa als Transmenschen, unter Anfeindungen leiden, die anderen, weil sie sich davor fürchten, Transmenschen nicht anfeinden zu dürfen. So viel Verrenkung muss man erst einmal hinkriegen.

Sicherheit oder Freiheit?

In einer weniger vulnerablen Gesellschaft liefe es anders, meint Rostalski. Von Hassrede liesse sich niemand beeindrucken, und marginalisierte Gruppenschritten kämpferisch zur Gegenwehr, anstatt auf staatliches Eingreifen zu vertrauen. Möchten wir also in einer vulnerablen Gesellschaft leben? Unsere Gesetzgebung davon leiten lassen, wer sich oder andere für verletzlich hält? Wie weit die «staatlich abgesicherte Wohlfühlzone» reichen soll, will Rostalski nicht entscheiden, das müssten wir vielmehr demokratisch aushandeln.

Ein wenig überraschendes Fazit. Was lässt sich also mitnehmen aus diesem von polemischen Untertönen nicht freien Essay? Jedenfalls nicht die mittlerweile abgedroschene Behauptung, heute sei alles Mögliche nicht mehr sagbar. Neu ist, das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit unter dem populären Begriff der Vulnerabilität zu diskutieren. Rostalskis zentrale Thesen entbehren allerdings überzeugender Belege: dass sich das Recht verändert hat, weil wir uns und andere als verletzlicher wahrnehmen. Und dass diese Entwicklung unweigerlich fortschreitet - was bedeuten würde: Wir verlören mehr und mehr unsere Freiheit. ●

